

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Aufstellung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mk., durch die Post 23.50 Mk.
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlich, Zeitungsergebnis unter
Ecole-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Ecole-Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418
u. 1411, der Besuchs-Abt. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Volks-Zeitung

Anzeigenpreise:
Die 6 spaltenre 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Anzeigen
die 22 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark, Anzeigen werden nach
unserer Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigenverträge. Erschließungs-
stellen. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schreibweise und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 1a, Dr. Braunsbau 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 54,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4604.

Verwendungsnummer Jahrgang.

Nr. 372.

Halle, Mittwoch, den 11. August 1920.

Einzelpreis 10 Pfg.

Der Gedanke der Mietssteuer.

Die Reichsregierung hat dem Reichsrat den Entwurf einer allgemeinen Mietssteuer vorgelegt. Gleichzeitig löst sie ein Communiqué veröffentlicht, in dem sie die Gründe für ihr Steuerprojekt darlegt und seine wirtschaftspolitische Notwendigkeit zu beweisen sucht. Die Mietssteuer, führt sie in dieser Kundgebung aus, sind bisher künstlich niedrig, betraue auf dem Vorkriegsstande erhalten worden. Aber die Zwangswirtschaft der Wohnungen, durch die dieser Preisstand möglich wurde, ist schwierig, weil sie unnatürlich ist. Der Preis jeder Ware sucht sich den Marktwertverhältnissen anzupassen. Es besteht Gefahr, daß sich die Wohnungszwangswirtschaft nicht mehr lange aufrechterhalten läßt. Dann werden Miets- und Häuserpreise in die Höhe schnellen, und die Hausbesitzer werden den fetten Konjunkturgewinn einstreichen, denn bei sich schon so lange schweben. Trotzdem wird das Wohnungsangebot nicht oder höchstens sehr langsam zunehmen. Denn das Bauen kostet heute reichlich zehnmal so viel wie früher; es kann sich also erst lohnen, wenn die Mietsverhältnisse sich ändern. Bis dahin werden Mietssteigerungen und Wohnungsmangel Hand in Hand gehen. Diese Aussicht ist unerträglich. Nun kann man zwei Pläne auf einen Schlag treffen, wenn man die Mietpreissteigerung vorweg nimmt, ihren Ertrag aber nicht dem Hausbesitzer läßt, sondern zu Bauzwecken für neue Häuser verwendet. Der Mieter muß mehr zahlen; aber das müßte er über kurz oder lang so auch. Durch seine Zahlungen steigert sich indes bei der vorgeschlagenen Methode das Wohnungsangebot, weil billiger gebaut werden kann und die Mietsen in den zu errichtenden Häusern in einer Höhe festgelegt werden können, über die sich immerhin leben läßt. Es gebe kein anderes Mittel zur Beseitigung der Wohnungsmangel.

Die Beweisführung enthält einen gewissen Widerspruch. Wenn die Wohnungszwangswirtschaft nicht aufrechtzuerhalten ist, weil sie der Natur der Dinge widerspricht, so kann offenbar die Erhebung einer Steuer nicht genügen, um sie zu konservieren. Die Steuer soll nach der Vorlage dreißig Prozent der Friedensmiete betragen. Auch wenn man sie hinzugerechnet, bleibt der Mietspreis, auf der sonstigen Preisentwicklung gemessen, in sehr beträchtlichem Grade gedrückt, künstlich gedrückt. Werden wir, wenn die Zwangswirtschaft nicht mehr lebensfähig ist, nicht in Wirklichkeit neben der Mietssteuer starke Mietssteigerungen bekommen?

Der künstlich gedrückte Mietspreis ist heute ein wesentlicher Moment des notwendigen Gleichgewichts der durchschnittlichen, privaten Haushaltungen. Im Frieden hat bekanntlich die Miete, statisch betrachtet, eine bestimmte Quote des Einkommens ausgemacht, eine Quote, die mit der zunehmenden Höhe des Einkommens sank. Da die Mietsen nicht sehr wesentlich über den Friedensstand gesteigert werden dürfen, während die Einkommen — nominell — wachsen, ist diese Quote heute nicht unbedeutlich kleiner als früher. Aber diese Erparnis ist nicht etwa fest geworden. Sie ist aufgezehrt oder mehr als aufgezehrt durch den Verbrauch für den sonstigen Lebensunterhalt, vor allem für die Nahrung, und durch die Steuern, deren Anteil am Gesamteinkommen mehr stetig als die Mietquote sank.

Wenn nun die Mietquote wieder ihrer früheren Höhe genähert wird, so muß entweder die Quote der sonstigen Ausgaben zusammenstürzen oder die der Steuern. Denn die Verringerung des Mietaufwands durch Abmilderung in kleinerer oder bescheidener ausgestattete Wohnungen ist praktisch in den meisten Fällen nicht möglich. Die Ausgabe für den Unterhalt, insbesondere für Lebensmittel, dürfen, solange kein wirksamer Preisabbau erfolgt, im Durchschnitt kaum mehr einschränkungs-fähig sein. Was bleibt also übrig? Der Verlust, allgemein die Einkommen zu erhöhen, denn nicht zum Ziel führen, weil dadurch alle Preise steigen, der Einkommenszuwachs also nicht für die Mieterhöhung verfügbar bleibt.

Wir empfehlen dem Reichsfinanzministerium das gründliche Studium des Problems. Wenn die Mietquote wächst, wird sich noch deutlicher als bisher herausstellen, daß die Steuerquoten zu hoch sind. Auch praktisch.

„Organisation der öffentlichen Meinung.“

Die „Demokratische Parteikorrespondenz“ läßt sich über die Gesellschaft Wera, den der auch schon bei uns die Rede war, nun gut unterrichtet. Sie folgendes schreiben:

„Die Gesellschaft Wera führt mit ihrer organisatorischen Tätigkeit fort. Zweck ist die „Organisation der öffentlichen Meinung“. Grundtendenzen ist Verfechtung der Rüstungsmittel in den bestehenden Zuständen. Dabei wird nuanciert und individualisiert. Man kauft mehrere Zeitungen, bildet dann für jede eine besondere Gesellschaft, die mehr

oder weniger antidemokratisch und antisozial in ihren zahlungsfähigen Teilhabern gerichtet ist, jedoch nach der Gegner und dem Zeitgeist. Dementsprechend wird der Redakteur gewählt, der hellenweise demokratisch schilt, lenen darf, aber nur unter Aufsicht. Denn auch in den verschiedenen Ländern wird über das Ganze ein Verlagsdirektor geleitet. Gedämpfte Restaurierungsehrlichkeit. Parfüm „gute Gesellschaft“ drückt durch diesen Neojournalismus, der die Schriftsteller der Vaterlandspartei sammelt und alimentiert. Man hat stimmungsmäßig Begrüßungspunkt mit dem Haß der Unabhängigen gegen die Republik und dem Zorn der Bayern gegen Berlin. Die neue Erziehung kann als antiliberalistisch gewertet werden.“

Man wird gut tun, die weit Andeutungen, die auf manche Presseercheinungen in der letzten Zeit ein scharfes Licht werfen, im Auge zu behalten.

Die wirtschaftliche Krise.

Berlin, 11. August. Gestern trat der sozial- und wirtschaftspolitische Untersuchungsausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats in Berlin zusammen, um den Bericht und die Beratung über den Antrag Wiffell, betreffend Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge, entgegen zu nehmen. Als Wesen der Krise bezeichnete er nicht den Käuferstreik oder die Unternehmersabotage, sondern die Verteuerung der Rohstoffe. Staatssekretär Birich führte aus, daß die Krise eine internationale Erscheinung sei, es werde nicht mehr und nicht weniger vorzugehen als eine großartige Ungleichverteilung der Arbeitskräfte und Arbeitskräfte. In der Frage des Preisabwärtens äußerte er sich im allgemeinen zustimmend. Heute nachmittag wird in der Beratung fortgesetzt.

Kiefenerwerbe im staatlichen Bergbau.

Obwohl es nachdrücklich jedem modernen Menschen eingedrungen sein sollte, daß der staatliche Bergwerksbetrieb ebenso weit von volkswirtschaftlicher Energie wie von Rentabilität entfernt ist, ist die Lehre nicht unpopulär, die der neuerdings veröffentlichte Bericht der preussischen Bergverwaltung für das Betriebsjahr 1918 gibt. Der Wendepunkt in der Entwicklung war der 1. November. Der bis dahin erzielte rechnungsmäßige Betriebsüberschuss von 53½ Mill. wurde in den letzten zwei Monaten des Jahres 1918 nicht nur gänzlich aufgehoben, sondern es wurde ein Verlust von 20 Millionen verzeichnet. Dem Reingewinn von 1917 in Höhe von etwa 51 Millionen Markt steht ein Verlust im Jahre 1918 von über 4 Millionen gegenüber. Besonders schwer ist der wirtschaftliche Rückschlag bei den Steinkohlenbergwerken in Erscheinung getreten; während 1917 noch ein Bilanzgewinn von über 30 Millionen ausgewiesen werden konnte, ist 1918 ein Verlust von 16 Millionen eingetreten. Die Erz- und Kalkbergwerke weisen noch einen geringen Ueberschuss aus. Die Gründe für diesen Rückschlag in den Erträgen der staatlichen Bergwerke sind natürlich der oszillierende Krieg und die inneren Wirren. Die seit aufgestellte Behauptung, Angestellte und Arbeiter leisteten in öffentlichen Betrieben mehr und Besseres als in Privatbetrieben, wird durch den Bericht der preussischen Bergverwaltung nicht belegt. Zwar hat der preussische Bergwerksrat durch Verlust der lausländischen Kohlengruben einen empfindlichen Ausfall erlitten, aber der Förderungsverlust infolge Streik, Verrückung der Arbeitszeit und Verminderung der Arbeitsintensität steht ihm nichts hinter dem der in Privatbetrieben festgestellten Größen zurück. Von einer großzügigen Reorganisation der preussischen Bergwerke hat man noch nichts gehört. Vor einigen Monaten machten die Pläne des künftigen Finanzministers von sich reden. Er wollte mit der behördlich-reglementarischen Führung der staatlichen Bergwerksbetriebe brechen und herorragende Organistoren und Fachleute gegen Privatvertrag in die staatliche Bergbauverwaltung ziehen. Die auch auf dem General internationalen Bergarbeiterkongress geforderte Sozialisierung (bzw. Nationalisierung) des Bergbaus wird nur dadurch gefördert, daß modernere leistungsfähige Betriebsformen für die staatlichen Bergwerke herausgeschliffen werden. In der Regel erfolgt erst dann eine Reform in der Leitung eines Unternehmens in Angriff genommen zu werden, wenn große Unrentabilität eingetreten sind. Diese „Reinigung“ ist jetzt vollaufgeführt. Der Reichswirtschaftsrat sollte sich — obwohl es sich hier ja nicht um eine Krise, sondern um eine Landesangelegenheit handelt — eingehend mit dieser Frage befassen.

Die französische Gewaltherkunft im Saargebiet.

Saarbrücken, 10. August. Die französische Besatzungsbehörde hat die streikenden Beamten requiriert und sie vor die Entscheidung gestellt, entweder Dienst zu tun oder vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Alle Beamten, die sich weigerten, den Dienst wieder aufzunehmen, sind verhaftet worden, wenn man über sich habhaft werden können. Die meisten sind geflüchtet. Die umstehenden Wälder sind von französischen Truppen abgeperrt. Mit besonderer Schärfe wird jetzt gegen die Personen vorgegangen, die im Interesse des Deutschtums irrtümlich einmal hervorgetreten sind, und über die offenbar schon seit längerer Zeit eine Liste geführt worden ist. Bei diesen Personen werden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Mit den Beamten der Verwaltung und Justiz erklärten sich die Beamten der Post, Telegraphie und Eisenbahn solidarisch. Es ist aber, daß auch von ihnen der Generalstreik erklärt wird. Die französische Besatzung zog neue Truppen in das Saargebiet und versetzt anschließend die Wälder, jeden Widerstand mit Gewalt zu unterdrücken.

Annektierungs- und Disziplinarverfahren.

Berlin, 10. August. Das Kabinett hat sich heute mit der Rückführung des Annexionen geübt auf die Disziplinareverfahren beschäftigt. Dabei kam man zu dem Ergebnis, daß das Annektierungsverfahren nicht auf Disziplinareverfahren, sondern nur auf Strafverfahren Anwendung finden sollte. Andererseits war das Kabinett darüber einig, daß es dem Geist und dem Ziele des Annektierungsverfahrens entspräche, eine möglichst weitgehende Verübung aller beteiligten Kreise herbeizuführen. Das Kabinett hat daher beschlossen, daß die Untersuchungsausschüsse sofort ihre Tätigkeit einstellen, neue Disziplinareverfahren auf Grund neuer Anzeigen nicht mehr eingeleitet, die schon bestehenden Verfahren mit möglichster Beschleunigung zu Ende geführt werden sollen.

Erheblicher Preissturz am Oberrhein.

Köln, 10. August. Oberrheinischen Meldungen zufolge hat auf den hauptsächlich dortigen Obst- und Gemüseerzeugnissen in den letzten Tagen ein erheblicher Preisrückgang eingeleitet, der für manche Großhändler fatalistische Wirkungen hatte. Einzelne Gemüse- und Obstsorten sanken um Zwanzig bis dreißig Prozent. Der Rückgang der Preise wurde verursacht durch die freigegebenen Einfuhr ausländischer Marktwaren. Auch die Obstweinpresse sind um 50 v. H. gesunken, besaglichen gehen die Weinpreise derart zurück, daß in einzelnen Orten Weine nicht mehr an den Mann zu bringen waren, trotzdem deren Preise um 50 und mehr v. H. gegen die Preise vor einigen Monaten zurückgegangen waren.

Viehzahlung am 1. September.

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen findet am 1. September im Deutschen Reich eine Viehzählung statt, die sich nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministers auf Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen erstreckt. Im Preußen werden auf Grund der ministeriellen Anweisung am 1. September auch die Pferde, ohne Militärpferde, mitgezählt. Eine Zählung des Federviehs sowie der Rindrassen findet dieses mal nicht statt.

Die polnisch-Danziger Grenzregulierung.

Danzig, 10. August. In Zoppot begann heute vormittag eine Sitzung der internationalen Grenzfestlegungskommission unter dem Vorsitz des französischen Generals Dupont. Es erschienen Bürgerdeputationen aus Zoppot, Dinau und Danzig, um der Kommission verschiedene Wünsche wegen der Grenzregulierung vorzutragen. Die einmütigen Wünsche der deutschen Bevölkerung dieser Städte gehen dahin, daß der Dinau- und Zoppoter Weid, der durch die polnische Grenze durchschnitten wird, in seiner ganzen Ausdehnung dem Preussischen Danzig verbleibe, um der Bevölkerung zu Erholungsweiden zu dienen, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen, und für Dinau hauptsächlich, weil dieser Ort die umliegenden Wälder für seine Wassererzeugung bedürftig. Eine Entscheidung der Kommission steht noch aus.

Die polnisch-russische Frage.

London, 10. August. (Unterhaus.) Lord George sagte heute im Unterhaus bezüglich der ersten Lage in Mitteleuropa, er hoffe noch, daß der Frieden erhalten werden könne. Er behaupte, daß die polnische Offensiv aufgenommen worden sei trotz der Warnungen Frankreichs und Englands. Eine schwierige Lage würde entstehen, wenn die Bolschewiken auf Bedingungen beharrten, welche die Unabhängigkeit Polens als freie Nation nicht mehr garantierten. Der Völkervertrag könne nicht gleichgültig bleiben, wenn eines seiner Mitglieder durch eine Regierung, wie die der Sowjets, in seiner Existenz bedroht sei. Die Lage sei ernst. Die Unabhängigkeit Polens bilden einen wesentlichen Teil des Friedensgedankens Europas und Teilen der Nationen, die an der Aufrüstung des europäischen Friedens interessiert seien, könne kein Schwanken nicht gleichgültig sein. Eine neue Aufstellung Polens sei nicht nur ein Verbrechen am Schicksal, sondern auch eine Gefahr. Das müßte man als Grundlage der englischen Politik festhalten. Das Ziel der in Höhe festgelegten Politik der Alliierten sei, den Frieden, gegründet auf der Unabhängigkeit des ethnographischen Polens, sicher zu stellen. Werde in Mindest eine Einigung erzielt, dann wolle man nicht eingreifen, um irgend ein für Polen annehmbares Abkommen umzusetzen.

Die englische Arbeiterpartei und die englischen Gewerkschaften hielten eine gemeinsame Sitzung ab, in der eine Entscheidung gefaßt wurde, nach der ein Krieg zwischen den Alliierten und Rußland wegen Polens u. a. Bedingungen verhindert werden soll, gegebenenfalls mit den Mitteln des Generalstreiks. Auch die unabhängigen englischen Liberalen erklärten sich gegen jede militärische Intervention zugunsten Polens durch Botschafter, Truppenleistungen, Munitionslieferungen usw. Abstützung des Nationalverbandes der englischen Eisenbahner setzten ähnliche Entschlüsse und forderten die Aufnahme des Handelsverkehrs zwischen England und Rußland.

Das polnische Pressebureau meldet aus Warschau: Die russische Armee wird seit drei Tagen umgruppiert. Aus dem Sauerland sind russische Kräfte zu

